

Pressemitteilung

Entwurf der Gesetzesänderungen für mehr Biodiversität ist verpasste Chance für Gewässerschutz

- **Das Land muss Reduktionsstrategie für Pflanzenschutzmittel auch mit Blick auf die Wasserressourcen umsetzen**
- **Schon heute sind an über 60 % der baden-württembergischen Wasserschutzgebiete Pflanzenschutzmittelrückstände nachweisbar**

Bei den geplanten Gesetzesänderungen, die auf das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zurückgehen, kommt der Grundwasserschutz zu kurz. „Ein Verbot oder zumindest die Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln in Wasserschutzgebieten würde nicht nur der Biodiversität, sondern auch der Wasserqualität nützen“, sagt Torsten Höck, Geschäftsführer des Verbandes für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. (VfEW). Der Verband hat sich gemeinsam mit dem Deutschen Verein des Gas- und Wasserfaches Baden-Württemberg e.V. (DVGW) im laufenden Anhörungsverfahren entsprechend positioniert.

Die Verbände begrüßen die Gesetzesänderungen und die darin vorgesehenen Verbote von Pestiziden in Biosphärengebieten und gesetzlich geschützten Biotopen. Ebenso positiv sind die verbindlichen Ziele zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln. Die Verbände weisen in ihrer Stellungnahme jedoch darauf hin, dass Wasserschutzgebiete bei den Gesetzesänderungen nicht berücksichtigt sind. „Pestizide führen nicht nur zu Artensterben, sondern auch zu Verunreinigungen der Wasserressourcen, die für viele Jahrzehnte im Grundwasser nachweisbar sind“, sagt Thomas Anders, Geschäftsführer des DVGW. Ein Verbot von Pestiziden in der unmittelbaren Umgebung der Entnahmestellen sowie in Gebieten, in denen eine sehr hohe Belastung nachweisbar ist, müsse daher ergebnisoffen diskutiert werden.

Dass Abbauprodukte von Pflanzenschutzmitteln in das Grund-, Oberflächen- und Trinkwasser gelangen können, wird regelmäßig von den Wasserversorgern in der Grundwasserdatenbank ermittelt. Bereits an über 60 % der baden-württembergischen Wasserschutzgebiete sind chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittelrückstände nachweisbar, an 5,3 % wurde der Grenz- bzw. gesundheitliche Orientierungswert schon überschritten.

Stuttgart, 23. April 2020

Über den VfEW:

Der Verband für Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (VfEW) vertritt mit seinen über 240 Mitgliedsunternehmen nahezu alle Energie- und Wasserversorgungsunternehmen und versteht sich als deren Sprachrohr in Baden-Württemberg. Er ist gleichzeitig Landesorganisation des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW). Der BDEW vertritt als Spitzenverband der Energie- und Wasserwirtschaft die Interessen seiner rund 1.800 Mitgliedsunternehmen auf Bundesebene.

Absender und Pressekontakt:

Verband für Energie- und
Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V.
Isabell Bilger
Schützenstraße 6
70182 Stuttgart
Telefon 0711 933 491 20
Mobil 0171 932 65 58
presse@vfew-bw.de
www.vfew-bw.de